

ZEICHEN DER GESCHLOSSENHEIT

SPD-Landesparteitag in Oldenburg wählt Stephan Weil mit 95,5 Prozent zum neuen Vorsitzenden

Von Burkhard Zühlke und Sebastian Schumacher

»Wenn morgen Landtagswahlen wären, hätte Schwarz-Gelb in Niedersachsen keine Mehrheit mehr, würde die Landesregierung mit Pauken und Trompeten abgewählt werden!« Mit dieser Botschaft eröffnete der Spitzenkandidat seine Bewerbungsrede um das Amt des SPD-Landesvorsitzenden. Stephan Weil konnte sich des großen Zuspruchs der über



200 Delegierten und 150 Gäste beim Landesparteitag bei dieser mit viel Verve vorgetragenen Ansage sicher sein. Und so »holte« sich Weil, Spitzenkandidat, Oberbürgermeister von Hannover und Bundesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, das furiose Wahlergebnis von über 95 Prozent der 202 Delegierten ab – beinahe sein persönliches Traumergebnis von 96 Prozent, wie der glühende Fan von Hannover 96 mit einem Augenzwinkern zufrieden zu Protokoll gab.

Weil arbeitete sich in seiner Rede aber nicht nur an der schwarz-gelben Landesregierung ab, die nur noch »müde, verbraucht, ausgelaugt« das Land verwalte. Er setzte klare inhaltliche Schwerpunkte: Gerechte Bildungspolitik, die den Elternwillen akzeptiert, Gestaltung des demo-



Als einer der ersten gratuliert Olaf Lies seinem Nachfolger im Amt als Landesvorsitzenden (Foto links). Stephan Weil bedankt sich bei den Delegierten für das hervorragende Wahlergebnis (Foto rechts).

Fotos(2): Christoph Matterne

grafischen Wandels, eine solide Haushaltspolitik und das Vorantreiben der Energiewende. Tatsächlich sei die Energiewende aber mehr als der Ausstieg aus der Atomkraft, konstatierte Weil. Sie sei der höchst anspruchsvolle Umstieg auf eine andere Energieversorgung; technisch, gesellschaftlich und klimapolitisch eine komplexe Herausforderung. Gerade für Niedersachsen gebe es große Chancen bei der Energiewende. »Niedersachsen hat ohne Frage das Zeug dazu, Energieland Nummer 1 in Deutschland zu werden. Niedersachsen muss ein modernes und erfolgreiches Industrieland sein!« Wer heute über Arbeit und Zukunft rede, befinde sich mitten auf den Märkten der Zukunft und in den Wachstumsbranchen. Das gilt auch für die Mobilitätswirtschaft – und Niedersachsen ist das Land der Mobilität. »Wir haben die fundamentale Bedeutung Volkswagens für die niedersächsische Wirtschaft schon betont, als Schwarz-Gelb die Landesanteile noch verkaufen wollte. Das VW-Gesetz steht für uns auch heute nicht zu Disposition«, untermauerte Weil.

Erfreut zeigte sich der Spitzenkandidat auch über die Kampagnefähigkeit der niedersächsischen SPD, die sie beim Mitgliederentscheid am 27. November vorigen Jahres unter Beweis gestellt hatte. Immerhin beteiligten sich über 25.000 Genossinnen und Genossen in rund 600 Wahllokalen an der Abstimmung. Und auch zeigte sich während der Aufstellung des Spitzenkandidaten, dass »die niedersächsische SPD mit einer bemerkenswert großen inhaltlichen Geschlossenheit in die nächsten Auseinandersetzungen geht«, so Stephan Weil auf dem Parteitag. Weil bedankte sich in diesem Zusammenhang bei Olaf Lies für das faire Bewerbungsverfahren und betonte, dass es eine enge Zusammenarbeit mit ihm geben werde. Lies wurde auf dem Landesparteitag mit über 87 Prozent zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Neu im SPD-Landesvorstand ist der Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil, der mit 77,5 Prozent zum Beisitzer gewählt wurde. Er ersetzt Andreas Rieckhoff, der im vergangenen Jahr als Staatsrat nach Hamburg gewechselt war. ■

**Entschieden.
Für Niedersachsen.**

Interview mit Stephan Weil Seite 2
Mitgliederbrief von Stephan Weil Seite 3

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)

DIE LANDTAGSWAHL FEST IM BLICK



Stephan Weil im Gespräch.

Vorwärts: Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD Niedersachsen! Worin siehst du nun deine wichtigsten Aufgaben im neuen Amt?

Stephan Weil: Als Landesvorsitzender werde ich in der nächsten Zeit alle Hände voll zu tun haben, dass die niedersächsische SPD die Landtagswahlen gewinnt. Das steht für mich jetzt im Vordergrund. Durch die Bündelung von Landesvorsitz und Spitzenkandidatur in einer Person haben wir für klare Strukturen gesorgt.

Vorwärts: Als Oberbürgermeister von Hannover und Vorsitzender der SGK bist du ein ausgewiesener Kommunal-

politiker. Wirst du dem Landesverband als Vorsitzender einen kommunalpolitischen Stempel aufdrücken?

Stephan Weil: Ich bin übrigens nicht nur Kommunalpolitiker, sondern auch Parteipolitiker. Ich war sechs Jahre lang Parteivorsitzender in Hannover, deswegen kenne ich mich mit meiner Partei gut aus. Richtig ist aber, dass die niedersächsische SPD im Moment gerade – wie andere Landesverbände auch – einen deutlich höheren Einfluss von der kommunalen Seite bekommt. Das ist auch gut so, denn wir Kommunalos haben sehr viel beizutragen für die Landesebene.

Vorwärts: Wie willst du die Anhänger deines unterlegenen Gegenkandidaten Olaf Lies motivieren, dich im Wahlkampf zu unterstützen?

Stephan Weil: Die ganze Partei wird sich ein Beispiel nehmen an Olaf Lies und mir. Wir haben nach dem Mitgliederentscheid sehr schnell zueinander gefunden. Wir verstehen uns, wir werden gut zusammen arbeiten und ich glaube, dieses Beispiel wird in der gesamten Partei prägend sein.

Vorwärts: Worin siehst du die Schwerpunkte des kommenden Wahlkampfes?

Stephan Weil: Es wird natürlich um eine Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Landespolitik gehen, die durch Stillstand gekennzeichnet ist und zuneh-

mend leider auch durch Skandale. Darüber hinaus geht es in Niedersachsen auch schon um die Bundestagswahl. Niedersachsen wird eine Symbolwahl sein zu Beginn des Bundestagswahljahres 2013. Darauf richten wir uns ein.

Vorwärts: Ein Jahr vor der Niedersachsen-Wahl sorgt der Bundespräsident und ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff täglich für Negativ-Schlagzeilen. Wird die Causa Wulff im Wahlkampf eine Rolle spielen?

Stephan Weil: Ich wünsche es mir jedenfalls nicht. Ich empfinde die Diskussion um den Bundespräsidenten wirklich als quälend und als schädigend für das gesamte politische System. Das ändert aber nichts daran: Die Dinge müssen aufgeklärt werden.

Vorwärts: Seit der Berlin-Wahl ist die Piratenpartei im Aufwind und hat bundesweit an Anhängern gewonnen. Werden sich die politischen Gewichte in Niedersachsen dadurch verändern?

Stephan Weil: Ob die Piraten sich in einem Jahr etabliert haben werden, kann ich schwer beurteilen. Ich rate der SPD aber, gegenüber den Piraten offen und gesprächsbereit zu sein. Wir sollten sie ernst nehmen und die politische Auseinandersetzung und Diskussion suchen, statt sie auszugrenzen. ■

Das Gespräch führte Carl-Friedrich Höck

IMPRESSIONEN VOM LANDESPARTEITAG



Impressum

Herausgeber:

SPD Niedersachsen

Verantwortlich: Michael Rüter

Redaktion: Remmer Hein,

Christoph Matterne,

Lothar Pollähne,

Sebastian Schumacher

Anschrift: Odeonstraße 15/16,

30159 Hannover

E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de

Layout & Satz: Anette Gilke

mail@AnetteGilke.de



366 Tage bis zur Wahl. Stefan Schostok, Olaf Lies und Stephan Weil nehmen Maß. (oben links). Stehende Ovationen für den Spitzenkandidaten und neuen Landesvorsitzenden Stephan Weil (oben rechts). Freude bei Stephan Weil nach Verkündung des Wahlergebnisses (Foto links). Großes Medieninteresse beim Landesparteitag (Foto rechts).

Fotos(4): Christoph Matterne



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Stephan Weil
Landesvorsitzender

SPD-Landesverband
Niedersachsen
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Telefon 0511/1674-200
Fax 0511/1674-211
E-Mail stephan.weil@spd.de

Brief an die Mitglieder der SPD Niedersachsen

Liebe Genossinnen und Genossen,

Hannover, im Januar 2012

von Oldenburg geht ein starkes Signal aus: die SPD in Niedersachsen geht einig, engagiert und entschlossen in den Landtagswahlkampf! Vielleicht kein Landesparteitag der vergangenen Jahre war so von Zuversicht und Aufbruchstimmung geprägt wie dieser. Mein herzlicher Dank gilt allen, die mitgeholfen haben, dass die SPD so erfolgreich in das neue Jahr starten konnte. 95,5% Zustimmung bei der Wahl zum Landesvorsitzenden bedeuten für mich Aufmunterung und Verpflichtung zugleich. Ich will mich mit Leibeskraften mühen, meiner neuen Aufgabe als Landesvorsitzender und Spitzenkandidat gerecht zu werden. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass Niedersachsen ab dem kommenden Jahr wieder besser regiert wird.

An Herausforderungen mangelt es nicht. Wir haben einen enormen Nachholbedarf in der Bildungs- und Sozialpolitik; die Stärke unserer Wirtschaft und die Herausforderungen des demografischen Wandels müssen im Mittelpunkt unserer Anstrengungen stehen. Die Landesregierung hat darauf keine Antwort – es ist Zeit für einen Politikwechsel! Das sieht auch die Mehrheit der Niedersachsen so. Der neueste »Niedersachsen-Trend« des NDR sieht eine deutliche parlamentarische Mehrheit von Rot-Grün. Schwarz-Gelb hat keine Mehrheit im Land, die Regierung McAllister ist ohne Perspektive.

Dieser Politikwechsel wird jedoch nur dann gelingen, wenn wir mit überzeugenden Personen und einem guten Regierungsprogramm die Wählerinnen und Wähler in unserem Land überzeugen können. Die kommenden Wochen und Monate wollen wir deshalb nutzen, um gemeinsam mit Interessierten, Vereinen, Verbänden und Organisationen ein überzeugendes Regierungsprogramm für 2013 – 2018 zu erarbeiten. Wir tun das nicht in Hinterzimmern, sondern transparent, offen und mit vielfältigen Möglichkeiten der Beteiligung. Wir wollen keinen fertigen Entwurf vorlegen, sondern bereits auf dem Weg zum Regierungsprogramm Ideen und Anregungen sammeln. Alle sind herzlich eingeladen mitzumachen! Weitere Informationen zur Erarbeitung des Programmentwurfs werden wir euch sehr bald zukommen lassen.

Ich freue mich auf die gemeinsame politische Arbeit, viele persönliche Begegnungen im Laufe des Jahres und vor allem: unseren Erfolg bei den Landtagswahlen am 20. Januar 2013!

Herzliche Grüße
Euer

Stephan Weil

DAS BETREUUNGSGELD IST UND BLEIBT UNSINN

Von Caren Marks MdB, Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Frauke Heiligenstadt MdL, Stellvertretende Vorsitzende der SPD Landtagsfraktion und Bildungspolitische Sprecherin



Caren Marks MdB

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition im Bund plant zum 1. August 2013 allen Eltern, die keinen Krippenplatz beanspruchen, 150 Euro monatlich zu zahlen. Dieses Vorhaben ist und bleibt Unsinn, denn das Betreuungsgeld ist eine Fernhalteprämie. Es verhindert, Kinder besser durch frühkindliche Bildung zu fördern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen. Pro Betreuungsgeld heißt also kontra Chancen. Das Betreuungsgeld einzuführen heißt, sich für einen grundsätzlich falschen familien-, gesellschafts-, sozial-, frauen- und wirtschaftspolitischen Weg zu entscheiden.

Betreuungsgeld setzt falsche Anreize

Es ist eine Entscheidung, die die traditionelle Geschlechterrollen von Männern und Frauen verfestigt und volkswirtschaftlich fatale Auswirkungen hat. Selbst Dieter Hundt, Arbeitgeberpräsident formuliert dazu in einem Interview in der Ostfriesen-Zeitung vom 4. Januar 2012: »Das Betreuungsgeld setzt falsche Anreize. Wenn wir die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen und den Frauenanteil in Führungspositionen steigern wollen, ist das Betreuungsgeld kontraproduktiv. Eltern, die berufstätig sind und sich weiterentwickeln wollen, sind auf eine gute Kinderbetreuung angewiesen, an der es weiterhin fehlt.«

Allerdings haben CDU und FDP nach wie vor keine Idee, wie sie das Betreuungsgeld konkret ausgestalten wollen. Ende 2011 hieß es, man habe einen Kom-



Frauke Heiligenstadt MdL

promiss zum Betreuungsgeld gefunden. Die Antworten auf eine aktuelle Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion sprechen dagegen eine andere Sprache: Auf 34 Fragen antwortet die Bundesregierung mit nur zwei dürftigen Antworten. Verfassungsrechtliche Bedenken werden ebenso wenig ausgeräumt, wie die Warnungen von Fachleuten vor den Fehlanreizen eines Betreuungsgeldes. Die Regierung hat angeblich keine Ahnung, wie viel das Betreuungsgeld jährlich kosten wird, aus welchen Mitteln es finanziert werden und wer es überhaupt wofür bekommen soll.

Schätzungen zufolge soll es bundesweit zwei Milliarden Euro kosten – und

das in Zeiten, in denen kein zusätzliches Geld für den dringend notwendigen Ausbau von Krippen bereitgestellt wird. Im Entschließungsantrag »Betreuungsgeld ist rückwärtsgewandt – Finanzmittel stattdessen für Krippenausbau zur Verfügung stellen!« fordert die SPD-Landtagsfraktion die schwarz-gelbe Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung auf die Einführung des Betreuungsgeldes verzichtet.

Niedersachsen braucht das Geld für frühkindliche Bildung

Die Bundesregierung soll zudem aufgefordert werden, sich finanziell stärker an der frühkindlichen Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren zu beteiligen. Damit könnte Niedersachsen rund 200 Millionen zusätzlich in die frühkindliche Bildung investieren. Und das ist auch bitter nötig. Niedersachsen ist mit einer Ausbaquote von 19,1 % bei der Betreuung für die unter Dreijährigen auf dem vorletzten Platz im Bundesvergleich und leider noch meilenweit von der zwischen Bund und Ländern vereinbarten Quote von 35% entfernt. Die Forderung der SPD in Bund und Land ist eindeutig: Auf das unsinnige Betreuungsgeld verzichten und stattdessen mehr in die frühkindliche Bildung und Betreuung investieren! ■



Die SPD lehnt das rückwärtsgewandte Betreuungsgeld ab. Stattdessen sollte mehr in Krippen und Kitas investiert werden.

Foto: Shutterstock



Kurt-Peter Christophersen ist ein erfahrener Schreiber und Niedersachsen-Kenner. Er wirft regelmäßig einen satirischen Blick auf die Landespolitik.

Der Mann zeigte Klasse. Geradezu aufreizend lässig bürstete Finanzminister Hartmut Möllring alle Fragen der Opposition ab. Die wollte in der Januar-Landtagssitzung wissen, ob der frühere Ministerpräsident Christian Wulff das Parlament belügen ließ, wie er in die Gesellschaft der Reichen und Schönen geraten war und was er da so trieb. Der rhetorische Haudogen Möllring war von Wulff-Nachfolger David McAllister in Stellung gebracht worden, damit der Regierungschef selbst in Dekkung bleiben konnte. So selbstsicher der Minister zunächst im Landtag auftrat, so kleinlaut wurde er am nächsten Tag, als die

Presse neue Ungereimtheiten aus der Wulff-Ära meldete. Er fühle sich »beschissen«, sagte Möllring, und zwar von einem Mann namens Olaf Glaeseker. Der frühere Sprecher des mit Ach und Krach zum Bundespräsidenten gewählten Ex-Ministerpräsidenten kann Möllring aber nicht »beschissen« haben, denn dazu müsste er ja zumindest Kontakt mit ihm gehabt haben. Doch Glaeseker ist seit Weihnachten abgetaucht. Einfach weg. Nicht mal Akten hat er hinterlassen.

Was auch immer an weiteren Vorwürfen gegen den Bundespräsidenten aus Niedersachsen auftaucht, wir wissen doch jetzt schon genug. Der Herr ist ein leidenschaftlicher Schnäppchen-Jäger. Vielleicht hat er zu viel Werbung gesehen. »Geiz ist geil«, oder »Ich bin doch nicht blöd«. Solche Sprüche haben schon in vielen Hirnen Schaden angerichtet. Unser Bundespräsident hat natürlich keinen Dachschaden. Sondern nur reiche Freunde, die ihn in ihren Feriendomizilen gratis urlauben ließen.

Solche Freunde haben die Beschäftigten in der niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr nicht. Der SPD-Abgeordnete Ronald Schminke aus Hann. Münden kann ihnen keine Edelsausen und keine Ferienvillen bieten, nur ein paar Tüten Bonbons zu Weihnachten. Als er sie in der Autobahnmeisterei Göttingen verschenken wollte, wurde die Annahme verweigert. Keine Geschenke, und seien sie noch so klein, lautet die strenge Linie der Straßenbauverwaltung.

Wohin also mit den Bonbons, die pro Tüte 1,29 Euro wert sind? Mal angenommen, eine Urlaubsübernachtung kostet 150 Euro, dann wären für eine Woche 1050 Euro fällig, oder 814 Bonbontüten. Jetzt muss sich Ronald Schminke nur noch mit Christian Wulff anfreunden, dann kann er die 814 Tüten in Berlin abliefern.

In Niedersachsen wird er seine Bonbons jedenfalls nicht los. Ministerpräsident McAllister und sein Regierungsteam wollen nichts geschenkt haben. Solief Eske Nannen, Geschäftsführerin der Emdener Kunsthalle, mit einem Präsent für McAllister ins Leere. Sie lud den Ministerpräsidenten mitsamt seiner Familie zu einem Kreativ-Wochenende in die Kunsthalle ein, was er nach Rücksprache mit seiner Staatskanzlei ablehnte. Schwere Zeiten also für Menschen, die gestressten Berufspolitikern einfach mal was Gutes zukommen lassen wollen.

Dabei könnte so ein Kreativ-Wochenende durchaus hilfreich dabei sein, zur Besinnung zu kommen. Etwa für die CDU-Abgeordnete Gudrun Pieper aus Schwarmstedt. In einer Debatte über die Flüchtlingspolitik rief sie der türkischstämmigen Grünen-Abgeordneten Filiz Polat zu: »Am besten schieben wir Sie ab«. Das kann man doch eleganter formulieren, etwa: »Ich kann Deine Fresse nicht mehr sehen«, so wie es der Herr Kanzleramtsminister Pofalla (CDU) dem Herrn Bundestagsabgeordneten Bosbach (CDU) in Berlin offen ins Gesicht sagte.

Nicht unbedingt ein Kreativ-Wochenende, aber ein Benimm-Kurs hätte dem Ex-Abgeordneten Frank Mindermann aus Stuhr vielleicht sein Mandat gerettet. CDU-Mindermann stellte einer Minderjährigen in einem Chat anzügliche Fragen, was ihn um seinen Sitz im Landtag brachte.

Es ist deprimierend. Möllring fühlt sich »beschissen«, Pofalla leidet unter der »Fresse« eines Parteifreunds, Ministerpräsident und Straßenwärter nehmen keine Geschenke an und der niedersächsische Landespresseball fällt in diesem Januar auch noch aus. Es fehlt an Glamour und Gästen.

Kleiner Tipp für die Veranstalter: Es gibt da einen Manfred Schmidt. Er ist ein begnadeter Eventmanager und hat schon dröge Niedersachsen und Nuschelschwaben aus Baden-Württemberg im Flughafen Hannover stundenlang zusammengepfercht (Nord-Süd-Dialog). Schmidt brächte wieder Farbe in den Presseball. Mit entsprechenden Sponsoren wie »Kukident« oder »Klosterfrau Melisengeist« holt er garantiert Udo Jürgens, Dieter Bohlen und Verona Pooth ins HCC nach Hannover. Und für die Tombola sind noch 814 Tüten Bonbons übrig. ■

Kurt-Peter Christophersen

Politik der **Gerechtigkeit** in Zeiten der Finanzkrise.

EINLADUNG

zur Veranstaltung des »Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD Niedersachsen«

mit **Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ**
»Politik der Gerechtigkeit in Zeiten der Finanzkrise«

Freitag, 10. Februar 2012, 19.00 – 20.30 Uhr
Niedersächsischen Landtag, Fraktionssaal der SPD im Hauptgebäude,
Raum 122, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Drei Dimensionen kennzeichnen die weltwirtschaftlichen Krisenphänomene: Die entfesselte Kreditexpansion des Bankensystems, die ungebremste Ausbeutung des Naturvermögens und die extreme Schieflage der Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie der Weltmarktbe-

dingungen. Was bedeutet das für eine Politik der Gerechtigkeit in unserem Land? Worin liegen die Aufgaben der Sozialdemokratie? Im Anschluss an den Vortrag ist Gelegenheit zu Gespräch und Begegnung.

Gabriele Lösekrug-Möller MdB und **Benno Haunhorst**, Sprecher des »Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD Niedersachsen«

Anmeldung bis zum 8. Februar 2012 E-Mail: niedersachsen@spd.de, Post: SPD-Landesverband Niedersachsen, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover oder Fax: 0511.1674-4211. Da die Veranstaltung im Niedersächsischen Landtag stattfindet, ist eine **Anmeldung unbedingt erforderlich**.



KLIMAPOLITIK IST UR-SOZIALDEMOKRATISCH

Von Matthias Groote neuer Vorsitzender des Umweltausschusses im Europäischen Parlament / Balance zwischen Umwelt und Industrie

Mit 38 Jahren ist der Ostfrieser jüngster Vorsitzender eines Ausschusses des Europäischen Parlaments. Er will in den Jahren bis zur Europawahl neue Akzente setzen – zum Beispiel sollten die sozialen Folgen bei Umweltvorhaben berücksichtigt werden.

Klimapolitik muss gerecht, sozial und nachhaltig sein. Deshalb ist sie ein sozialdemokratisches Thema – und deshalb steht es für Matthias Groote ganz oben auf seiner Agenda. Dabei wird er als Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) die EU-Klimapolitik noch stärker als bisher in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.

Der Ausschuss wählte ihn am 23. Januar 2012 in Brüssel einstimmig zum Vorsitzenden als Nachfolger seines saarländischen SPD-Kollegen Jo Leinen. Dieser Wechsel entspricht einer Vereinbarung der deutschen SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament. Im Europaparlament konstituieren sich satzungsgemäß die Ausschüsse in der Mitte der Legislaturperiode neu.

Matthias Groote nimmt sich für die kommenden zweieinhalb Jahre bis zur



Matthias Groote MdEP

Fotos (2): © European Union – European Parliament, Audiovisual Unit.

einen ganzheitlichen Ansatz: »Der Klimawandel erfordert eine Politik, die alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereiche umfasst.«

Umweltvorhaben neben den ökologischen auch die sozialen Folgen zu berücksichtigen.

Die aktuellen Krisen machen Europa schwer zu schaffen – andererseits sorgen sie für starken Druck zu internationaler Zusammenarbeit. Die gleichzeitigen Klima-, Energie- und Wirtschaftskrisen bietet die einmalige Chance, eine gesellschaftliche Dividende einzufahren in Richtung einer gerechteren und nachhaltigeren Gesellschaftsordnung.

Klimapolitik demokratisch unterfüttern

Klimapolitik wirkt nur international. Matthias Groote: »Sie setzt deshalb eine solidarische Gesellschaft voraus. Je mehr mitmachen, desto besser gelingt es.« Fährt eine gemeinsame Klimapolitik vor die Wand, folgen Kriege um knappe Rohstoffe, Völkerwanderungen und unerträgliche Lebensbedingungen. Matthias Groote ist deshalb überzeugt: »Klimapolitik ist ein entscheidendes Thema für Politik und Zukunft.« Mit einer umfassenden Klimapolitik gewinnt die SPD Punkte nicht zuletzt bei jungen Wählern, die sich zurzeit von Wahlen eher fernhalten oder andere Parteien bevorzugen.

Zur Klimapolitik gehört für Matthias Groote eine intensive Klimadiplomatie. Sein Ziel: Das Europäische Parlament muss eine stärkere Rolle in der Klimapolitik spielen. Klimapolitik muss demokratisch legitimiert sein. Das hebt auch das Gewicht der EU als international ernst zu nehmender Gesprächspartner.

Speziell am Herzen liegt dem Ostfriesen der Klimaschutz im Luftverkehr. Deshalb freute er sich jüngst über ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes, welches das Emissionshandelssystem für vereinbar mit dem Völkerrecht erklärte und damit die Kläger, namentlich amerikanische Flugunternehmen, abblitzen ließ. Das Urteil bedeutet schlicht mehr Klimaschutz im Luftverkehr.

Das steht bald auf der Tagesordnung

Weitere Themen in Stichworten, die der Ausschuss demnächst behandelt: 7. Umweltaktionsprogramm, Ressourceneffizienz, Schwefelkonzentration in Schiffskraftstoffen, Geräuschemissionen bei PKW, Schiefergas-Forschung und Wasserrahmenrichtlinie. ■



Matthias Groote mit seinen Kolleginnen und Kollegen des Umweltausschusses im EU-Parlament.

Europawahl 2014 einiges vor: »Ich stehe für eine ökologische Industriepolitik mit Augenmaß.« Deshalb will er sein neues Amt nutzen um zu einem echten Ausgleich zwischen Umwelt- und Industrieinteressen beizutragen. So begreift er Klimapolitik nicht nur als einen Aspekt der Umweltpolitik, sondern verfolgt

Der sozialdemokratische Zungenschlag dabei hört sich so an: »Parlamente und Regierungen weltweit müssen politische Instrumente gegen den Klimawandel festlegen, die überwiegend marktorientiert sind. Das aber darf nicht zu Umverteilungen zu Lasten der Schwachen führen.« Er tritt dafür ein, bei europäischen

vorwärts KULTURGUT

AUSGEZEICHNETER MENTOR

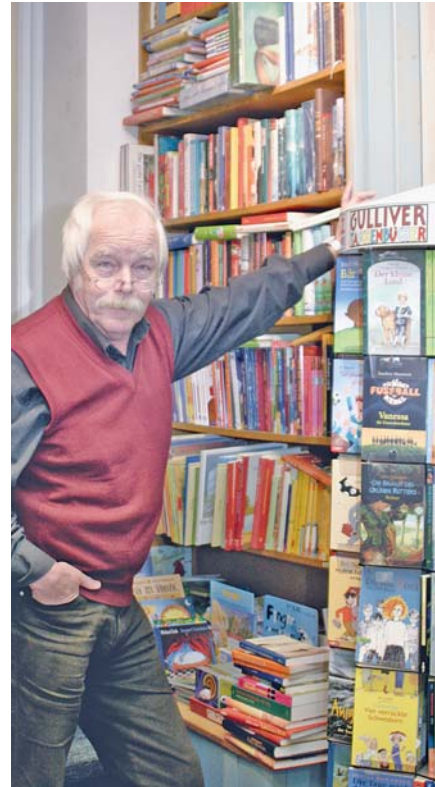
Seine Idee ist mittlerweile bundesweit Programm, sein Name außerhalb der Hannoverschen Südstadt nur ausgewiesenen Bücherwürmern bekannt: Otto Stender. Der Bücherhändler des Ex-Kanzlers und des kommenden Ministerpräsidenten ist am 7. Dezember mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden für seine Verdienste um das Lesernetzwerk »Mentor«, das er im Jahr 2003 ins Leben gerufen hat. Lesen ist für Otto Stender der Schlüssel zur Teilhabe an der Gesellschaft.

Als Sachwalter der geordneten Buchstaben hat es ihn vor acht Jahren aufgeregt, dass immer mehr junge Menschen diesen Schlüssel zur Gesellschaft nicht mehr erhalten, dass ihnen die Abenteuer, die zwischen zwei Buchdeckeln warten, nicht zugänglich sind. Otto Stender sagte sich und vielen Gleichgesinnten, dass es doch wohl möglich sein müsse, mit Hilfe von Leselernlotsen gegenzusteuern, mit Menschen, die Zeit zum Zuhören haben und die Passion, jungen

Menschen den Spaß am Lesen nahezu bringen.

Das Ergebnis der gemeinsamen Überlegungen heißt »Mentor« und ist seit 2003 ein bundesweites Erfolgsmodell. Allein in der Region Hannover werden zurzeit 1700 Schülerinnen und Schüler mit Erfolg betreut. In einzelnen Fällen führt dieser Weg von der Hauptschule bis ins Studium. Jeder Mentor-Erfolg ist ein Schlag ins Gesicht der Schulstruktur-Konservativen. Als der Genosse Buchhändler vor vier Jahren schon einmal das Bundesverdienstkreuz angetragen bekam, lehnte er unter Hinweis auf die verkrustete Bildungspolitik dankend ab.

Die hat sich zwar auch im Jahr 2011 nur unwesentlich geändert, aber Otto Stender hat sich von vielen Weggefährtinnen und -gefährten überzeugen lassen, dass er die Auszeichnung stellvertretend für die Idee »Mentor« erhalten würde. Die »Bekreuzigung« nahm Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil im Hannoverschen Rathaus vor. ■ Lopo



Ausgezeichneter Buchhändler: Mentor-Gründer Otto Stender

Foto: Lopo

**VORWÄRTS
RÄTSEL**

Seine Kindheit ist alles andere als glücklich, seine Schulzeit auf dem Lyceum I in Hannover eine einzige Tortur. »Zwar blieb ich stets der schlechteste in der Klasse, wurde aber dann zu Ostern unter etwelchen Bedingungen der Nachhilfe doch noch eben mitversetzt.« Die Lehrer waren entweder Patienten des Vaters oder Fröhschoppenfreunde. Nach dem Willen des Vaters studiert er Medizin in Freiburg, Bonn und München. Dort wendet er sich 1895 der Psychologie, Literatur und Philosophie zu und promoviert 1899 mit einer Arbeit über den russischen Metaphysiker Afrikan Spir. Es folgt ein unstetes Berufsleben. Er arbeitet u.a. als Vortragsredner, Reformpädagoge. Nach seiner Habilitation im Jahr 1907 wird er Privatdozent für Philosophie an der TH Hannover. Als Vorsitzender des Anti-Lärm-Vereins gibt er ab 1909 in Hannover die Zeitschrift »Anti-Rüpel« heraus und wird als »Lärmprofessor« verspottet. 1912 heiratet er Adele Minna Abbenthern und gründet mit ihr 1920 die »Freie Volkshochschule«. Nachdem er 1925 im Prager Tageblatt ein psychologisch wissenschaftliches Portrait Hindenburgs veröffentlicht, in dem er fast prophetisch auf die Folgen von dessen Wahl zum Reichspräsidenten hinweist, wird er zum Hassobjekt antisemitischer und faschistischer Studenten. 1926 quittiert er seinen Dienst als außerordentlicher Professor. Nach seiner Flucht vor den Nazis wird er am 30. August 1933 in Marienbad von sudetendeutschen Faschisten ermordet. Wie heißt der »Lärmprofessor« mit bürgerlichem Namen? Zu gewinnen gibt es seine Biographie. ■ *lopo*

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover

Im Januar war Muhammed Ali gesucht. Gewonnen hat Klaus Dreyer aus Dassel

ERIKA HUXHOLD NEUE »LEITENDE« IM SPD-BEZIRK HANNOVER



Stefan Schostok MdL mit Erika Huxhold.

Seit Jahresbeginn ist die Stelle der Leitenden Geschäftsführung im SPD Bezirk Hannover wieder besetzt: Erika Huxhold hat im Januar 2012 die Nachfolge von

Hansjörg Schell angetreten, der in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Der Bezirksvorsitzende Stefan Schostok begrüßt Erika Huxhold in ihrer neuen Funktion. »Mit ihr haben wir eine Genossin gewinnen können, die umfangreiche Erfahrungen in der politischen Sacharbeit mitbringt«, so Schostok. Huxhold hat als parlamentarische Landtagsreferentin und in verschiedenen Landes- und Bundesministerien gearbeitet. Er freue sich über das Vertrauen, das der gesamte Bezirksvorstand Erika Huxhold mit seiner Entscheidung entgegen gebracht habe »Das ist die beste Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit«, so der Bezirksvorsitzende. ■

HAUPTAMTLICHENTAGUNG IN SPRINGE



Am 17. und 18. Januar haben sich in Springe die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der niedersächsischen SPD auf das Wahlkampfjahr 2012 eingestimmt. Auf der Tagesordnung standen mehrere Workshops zur Vorbereitung des Landtagswahlkampfes und die gemeinsame Terminplanung für das Jahr 2012. Am Dienstagabend war außerdem Spitzenkandidat Stephan Weil für ein Kamingsgespräch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Gast. ■

DRESDEN NAZIFREI 2012

Europas größter Naziaufmarsch in Dresden

Gut 65 Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus wollen Neonazis auch in diesem Jahr wieder durch Dresden marschieren und an den sogenannten »Bombenholocaust« erinnern. Das wollen wir verhindern! Bereits in den letzten beiden Jahren blockierten viele Tausend Menschen bei eisigen Temperaturen friedlich den Naziaufmarsch in Dresden und die Neonazis mussten unverrichteter Dinge wieder abziehen. Dieser Erfolg soll sich wiederholen!

Die Jusos Niedersachsen fahren gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Parteien nach Dresden und werden den Naziaufmarsch friedlich blockie-

ren. Für die Bezahlung der Anfahrt per Bus sind wir allerdings auf Spenden angewiesen. Wer uns unterstützen kann, spendet bitte an: SPD-Landesverband Niedersachsen, SEB AG Hannover, Konto 1011474400, BLZ: 25010111, Verwendungszweck: Dresden Nazifrei 2011

Das gespendete Geld wird ausschließlich für diesen Zweck verwendet. Danke!

Solidarität mit den Dresdnerinnen und Dresdnern! Nie wieder Faschismus!

Weitere Infos gibt es beim stv. Juso-Landesvorsitzender Benjamin Köster unter: benjamin.koester@jusos-niedersachsen.de

NEUGRÜNDUNG SCHWUSOS NIEDERSACHSEN GEPLANT

Seit Ende vergangenen Jahres gibt es eine Initiative, die Arbeitsgemeinschaft der Schwusos auf Landesebene neu zu gründen. Jetzt werden Genossinnen und Genossen gesucht, die in dieser Arbeitsgemeinschaft mitmachen möchten. Interessentinnen und Interessenten wenden sich bitte an:

SPD-Landesverband Niedersachsen, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover oder per E-Mail an: spd-niedersachsen@spd.de ■

EINBERUFUNG a. o. Bezirksparteitag SPD-Bezirk Hannover

Samstag, 2. Juni 2012
FZH Ricklingen, Hannover

Vorläufige Tagesordnung:
— Satzungsänderungen
— Wahlen
— Antragsberatungen
Antragsschluss: Freitag, 20. April 2012

EINBERUFUNG Bezirksvertreterversammlung SPD-Bezirk Hannover

Samstag, 2. Juni 2012
FZH Ricklingen, Hannover

Vorläufige Tagesordnung:
— Wahlen
Antragsschluss: Freitag, 20. April 2012

ANZEIGE

NEUE MATERIALIEN

AB SOFORT sind über die Printbox individualisierte Veranstaltungs-Plakate in DIN A1 und DIN A3 quer sowie DIN-Lang-Einladungskarten zu beziehen.



PLAKATE
PREISBEISPIEL:
100 Plakate DIN A1,
191,48 Euro inkl. Fracht
und Verpackung zzgl 19% MwSt.



EINLADUNGSKARTEN
DIN-Lang



Zu bestellen unter: <http://shop.spdnds.de>
Für Rückfragen steht euch Birgit Morad im Landesverband Niedersachsen, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover unter birgit.morad@spd.de zur Verfügung.

AUSSERDEM ERHÄLTlich:



SPENDENMARKEN im Wert von 5 und 10 Euro
WAHLURNE 3,50 Euro
Rückfragen und Bestellungen bei birgit.morad@spd.de